

Offener Brief an Frau Ministerpräsidentin Schwesig, Herrn Minister Dr. Backhaus und Herrn Minister Dr. Blank

anlässlich des 3. Vernetzungstreffens der Bürgerinitiativen gegen den weiteren Windkraft- und Freiflächensolarausbau in Mecklenburg-Vorpommern.

**Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Schwesig,
sehr geehrter Herr Minister Dr. Backhaus,
sehr geehrter Herr Minister Dr. Blank,**

trotz Rekordtemperaturen kamen am 27.06.2026 Vertreter von Bürgerinitiativen aus ganz Mecklenburg-Vorpommern zu ihrem 3. Vernetzungstreffen zusammen.

In vielen persönlichen Gesprächen hatten Sie in der Vergangenheit Gelegenheit, mit Vertretern von Bürgerinitiativen aus Mecklenburg-Vorpommern, die sich für den Schutz und Erhalt der Naturräume und des Landschaftsbildes sowie der Lebensqualität und den Wirtschaftsfaktor Tourismus einsetzen, zu sprechen und Informationen über den Bürgerwillen zu erhalten. Hinter jedem einzelnen Gesprächsteilnehmer und Briefeschreiber stehen Tausende Bürger, deren Stimme sie sind.

Wir stehen fassungslos vor den Veröffentlichungen aus Ihren Häusern, die uns zeigen, dass Sie den Ausbau der Windindustrie und der Freiflächenphotovoltaik durch Beschleunigungsverfahren vorantreiben, ohne die eindeutigen Ablehnungen der Gemeinden, Kommunen und Bürger, die davon betroffen sind, ernst zu nehmen.

Wie wollen Sie den gesellschaftlichen Frieden aufrechterhalten, wenn den Menschen systematisch ihre Lebensleistung, ihre Gesundheit und das einzige Pfand, das wir hier besitzen, die Landschaft, genommen werden?

Ob Weitblick, Freier Horizont, Lebenswertes Rügen, Lebenswerte Seenplatte, Windradfrei, Gegenwind Gemeinde Galenbeck, Gegenwind Stargarder Land und andere Gegenwind-Bürgerinitiativen oder einzelne Interessierte, gemeinsam ist ihnen allen, sich für etwas einzusetzen, nämlich für den Erhalt der Lebens-, Natur- und Landschaftsräume in Mecklenburg-Vorpommern.

Großes Unverständnis herrschte bei allen Vertretern darüber, dass die Politiker bzw. die Ministerien und die untergeordneten Behörden, ungeachtet aller Eingaben, Argumente und entgegen aller Wirtschaftlichkeit, ihre ideologische Energiepolitik fortsetzen. Sie ordnen die Umzingelung ganzer Ortschaften, Zerschneidung intakter Naturräume, krankmachende Faktoren wie Lärm, Infraschall und Schattenwurf, Grundwasserverunreinigung und Bodenverseuchung durch PFAS und Mikroplastik, Tötung von Großvögeln, Insekten und Fledermäusen dem sogenannten „überragenden öffentlichen Interesse“ unter. Dabei muss Gesundheit, Trinkwasser, Artenvielfalt ein weit größeres „überragendes öffentliches Interesse“ eingeräumt werden und höchste Priorität besitzen.

Wie wollen Sie den immer weiteren Ausbau der Wind- und Freiflächensolarindustrieanlagen den Bürgern erklären, wenn wir jetzt schon zweieinhalbmal mehr Energie aus sogenannten Erneuerbaren generieren als wir selbst verbrauchen? Soll es dreimal, fünfmal, zehnmal so viel werden? Ein Gesetz, das mit nachgelieferten Bürgerbeteiligungen die Akzeptanz erzwingen will, zeigt doch, dass Sie selbst wissen, dass Sie gegen den Bürgerwillen arbeiten. Die Mecklenburger sollen ein zweites Mal für dumm verkauft werden, indem das Wertvollste, nämlich ihre Landschaft, ihre Naturschönheit und ihre Gesundheit sowie der soziale Frieden für „Glasperlen“ getauscht werden sollen. Die Planungen und Genehmigungen geschehen teilweise ohne ausreichende öffentliche Information oder Beteiligung. Stellungnahmen müssen in kürzester Frist eingereicht werden – gern während der Urlaubszeit, wie gerade im Landkreis Rostock.

Natürlich macht sich da Politikverdrossenheit, ein Gefühl der Ohnmacht und des Übergangenwerdens breit.

Daher appellieren wir noch einmal dringend an Sie als Verantwortliche und an Sie, Frau Ministerpräsidentin Schwesig, ob Ihrer guten Kontakte in die Bundesregierung:

Mecklenburg-Vorpommern soll ein Land zum Leben bleiben.
Es dürfen keine weiteren Flächen der Nahrungs- und Futtermittelerzeugung entzogen werden.
Die Energieerzeugung muss technologieoffen sein.

Wir fordern die Landesregierung auf, den weiteren unwirtschaftlichen Ausbau von Windkraft- und Solaranlagen in Mecklenburg-Vorpommern unverzüglich zu stoppen!

Insbesondere:

Keine weiteren Genehmigungen für den Bau von Windkraft- und Solaranlagen zu erteilen!

Folgende Schutzgüter wieder voll umfänglich einzusetzen:

Landschaftsschutz, Naturschutz, Artenschutz, Denkmalschutz, Bodenschutz, Wasserschutz, Gesundheitsschutz, Schutz des Eigentums und Gesundheitsschutz.

Wir fordern die Landesregierung auf, auf Bundesebene (Bund-Länder-Kommission, Bundesrat) initiativ zu werden, die Rechtsfolgen des § 249 BauGB und das im EEG postulierte überragende öffentliche Interesse zu streichen.

Für die vernetzten Bürgerinitiativen Gegenwind MV

mit freundlichen Grüßen und in der Hoffnung auf ein Umdenken

Annette Fünfsinn

Norbert Schumacher